

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 30.01.2025

Zu TOP: 9.11

Verbessertes Mobilitätsangebot für Partygänger*innen und Kulturinteressierte

Einreicher: Jürgen Suhr und Ute Bartel, Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei

Vorlage: AN 0010/2025

Bezugnehmend auf den Titel des vorliegenden Antrages verweist der Präsident auf einen Beschluss der Bürgerschaft (2023-VII-03-1065) zum Umgang mit Gendersprache und bittet um die konsequente Einhaltung auch seitens der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund als Teil der Verwaltung.

Frau Kümpers erläutert den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei und wirbt um Zustimmung. Mit dem vorliegenden Antrag solle ein erneuter Handlungsimpuls gesetzt werden, um ein auf junge Menschen abgestimmtes Mobilitätsangebot zu etablieren. Gleichzeitig würde das kulturelle Leben der Hansestadt Stralsund gefördert werden, da durch ein unkompliziertes Angebot zum Niedrigpreis auch Veranstaltungen zu später Stunde besucht werden könnten.

Herr Hack erachtet die bestehenden Kapazitäten als ausreichend, da es weder unzählige Partyangebote noch Kulturveranstaltungen in den späten Abendstunden gebe.

Herr Schilke gibt den Hinweis, dass der Nahverkehr dem Zuständigkeitsbereich des Landkreises unterliege und dieser bereits aktiv an einer Verbesserung arbeite. Weiterhin geht er davon aus, dass die Hansestadt Stralsund bei den Modellversuchen des Landkreises Vorpommern-Rügen einbezogen werde. Aufgrund dessen sei der vorliegenden Antrag aus Sicht der Fraktion AfD entbehrlich.

Herr Quintana Schmidt teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. den Antrag inhaltlich unterstütze. Darüber hinaus werde zur Prüfung angeregt, den Nahverkehr wieder in den Wirkungskreis der Hansestadt Stralsund zu überführen.

Herr Dr. Zabel bringt die Wichtigkeit der Thematik zum Ausdruck und beantragt nachfolgende Änderung:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, *in Absprache mit dem Landrat und* in Kooperation mit dem VVR“

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Antrag AN 0010/2025 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Absprache mit dem Landrat und in Kooperation mit der VVR und anderen geeigneten Partnern zu prüfen, wie eine Verbesserung des Mobilitätsangebots für Jugendliche, Partygängerinnen und Partygänger und Kulturinteressierte erreicht werden kann, und unter welchen Bedingungen eine Umsetzung möglich ist.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2025-VIII-01-0080

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 17.02.2025